

# Stürmische Diskussion um Windräder im Untertaunus

Im Rheingau-Taunus-Kreis gibt es Pläne für mehr als 20 Anlagen. Die Investoren locken die Gemeinden mit Pachtzahlungen. Viele Initiativen begehren dagegen auf.

Von Oliver Bock

**RHEINGAU-TAUNUS-KREIS.** Ein Sturm der Entrüstung ist die absehbare Reaktion auf die verstärkte Nutzung der Windenergie im Rheingau-Taunus-Kreis. In diesem Jahr haben gleich mehrere Investoren für Windkraftanlagen und -parks ihre Pläne präzisiert. Die teils heftige und fast immer emotionale Auseinandersetzung darüber bestimmt derzeit die politische Diskussion in Hünstetten, Schlagenbad, Heidenrod und Aarbergen.

Während es im Kreisteil Rheingau bislang noch keine Windräder gibt und die Abwehrfront aller sieben Gemeinden geschlossen steht, wäre ein Windrad im Untertaunus keine Premiere. In der Nähe der Heidenroder Ortsteile Zorn und Kemel sind schon vor mehr als zehn Jahren neun Windräder errichtet worden. Ihre Betreiber planen derzeit, die sieben in Kemel durch drei hochmoderne und leistungsfähigere, aber mit 135 Metern auch deutlich höhere Räder zu ersetzen. Die Diskussion darüber ist ebenso wenig abgeschlossen wie die um zwei weitere Windräder auf dem Gelände eines Müllverwertungsunternehmens in Kemel. Nahe Hohenstein-Breithardt drehen sich seit dem Sommer 2008 zwei Windräder, nachdem die Gemeinde nach einem sieben Jahre währenden Abwehrkampf in einen Kompromiss einwilligen musste und zumindest zwei Rotoren verhindern konnte.

Bei diesen elf Windrädern wird es nicht bleiben. Doch eine positive Lobby hat die Windkraft nicht, und die Empfindlichkeiten der Bürger und Politiker sind groß. Als vor zwei Jahren in Wiesbaden lautstark gefordert wurde, der Kreis möge doch mehr Windräder auf den Taunushöhen zulas-

sen, war der Unmut über die vermeintliche Arroganz in der Landeshauptstadt heftig. Und als Landrat Burkhard Albers (SPD) bei der Eröffnung eines Solarparks in Taunusstein von der höheren Energieeffizienz von Windkraftträdern gegenüber Solarzellen schwärmte, wurde das so interpretiert, als wolle Albers auf der rekultivierten Bauschuttdeponie in Taunusstein-Orten noch ein Windrad installieren. Die Folge war ein Sturm der Entrüstung vor allem der CDU, die sich energisch gegen Windräder im Untertaunus stellt.

Dennoch gibt es an mehreren Stellen im Landkreis derzeit ernsthafte Pläne für mehr als 20 neue Anlagen. Die Windkraftbetreiber locken die Bürgermeister und Kommunalpolitiker mit der Aussicht auf hohe Pachteinnahmen, üppige Gewerbesteuerzahlungen und die im Zuge der aktuellen Nachhaltigkeitsdebatte verführerische Aussicht, zumindest rechnerisch zu einer energieautarken Kommune zu werden. Beispiel Hünstetten: Zwischen der Untertaunus-Gemeinde und dem benachbarten Hünfelden ist im Kirberger und Kettenschwalbacher Forst ein gemeindeübergreifender großer Windpark mit zehn jeweils 185 Meter hohen Windkraftanlagen geplant, deren Leistung für 30 000 Haushalte ausreichen würde. Der Windkraftbetreiber Juwi wirbt damit, dass der Park über die Laufzeit von 20 Jahren den beiden Gemeinden Einnahmen von 26 Millionen Euro bescheren würde. Bürgermeister Axel Petri (SPD) kalkuliert allein mit jährlichen Pachteinnahmen von 244 000 Euro. Das sind 80 000 Euro mehr, als die Gemeinde derzeit im gesamten Haushalt als freiwillige Leistungen für Vereine und Verbände vorgesehen hat.

Doch die Windkraft spaltet die Gemeinde in zwei Lager. Im November vergangenen Jahres hatte die Gemeindevertretung noch mit denkbar knapper Mehrheit beschlossen, den Flächennutzungsplan zu ändern und an der Gemarkungsgrenze zwischen Kettenschwalbach und Kirberg eine Vorrangfläche für Windenergienutzung auszuweisen und dafür andere Gebiete bei Bechtheim und Gösroth sowie Strinz-Trinitatis zu streichen. Allerdings beschloss die Gemeindevertretung mit ebenfalls knapper Mehrheit erst vor wenigen Tagen, Bürgermeister Petri möge nun alle rechtlichen Möglichkeiten ergreifen und verhindern, dass Hünfelden weiter einen Windkraftpark plane und zulasse. Für

Petri ist damit eine „schizophrene“ Lage entstanden, und er ist deshalb froh, dass seine Partei ein Bürgerbegehren will, das auch die anderen Parteien unterstützen. Kommen die erforderlichen 777 Stimmen zusammen, ist Petri gespannt, ob es eine „schweigende Mehrheit“ für die Nutzung der Windkraft und damit die Stärkung der Finanzkraft der Gemeinde gibt. Den Parteien bleibt in jedem Fall eine eigene Entscheidung erspart.

Auch in Aarbergen geht es politisch stürmisch zu, wenn es um die Windkraft geht, wie erst kürzlich eine Bürgerversammlung im Ortsteil Hausen zeigte. Weil Aarbergen bislang keine Vorrangflächen festgelegt hat, ist nach Darstellung von Bürgermeister Udo Scheliga (CDU) der Aufbau eines Windrades grundsätzlich über-

all im Gemeindegebiet möglich. Geplant wird konkret der Bau von vier Windrädern bei Hausen, jeweils zwei im Gemeindewald und im Staatsforst.

Hessen-Forst wird nicht im Alleingang dem Vorhaben zustimmen, sondern die Entscheidung der Gemeinde abwarten. Diese will Scheliga möglichst kurz vor oder nach der politischen Sommerpause herbeiführen. Scheliga hält die Bedenken gegen die Windkraft für verständlich, meint aber auch: „Wir kommen an den erneuerbaren Energien nicht vorbei.“ Die vier Windräder mit einer Nabenhöhe von 135 Metern und einer Nennleistung von 2500 Kilowatt würden genügend Strom liefern, um die Einwohner von Aarbergen rechnerisch mit ausreichend Elektrizität zu versorgen und den Ausstoß von Kohlendioxid um fast 20 000 Tonnen jährlich zu verringern. Ins Gemeindefiskus fließen jährlich bis zu 50 000 Euro, was rund 20 Prozent der gesamten Gewerbesteuerentnahmen der Gemeinde entspricht.

Einen ähnlich großen Geldsegen hätte auch Heidenrod gerne, weshalb die Kommune bei den Verhandlungen um die Aufrüstung der Anlage bei Kemel darauf gedrängt hat, dass eines der neuen Windräder im Gemeindewald gebaut wird und somit der Gemeinde Pachteinnahmen beschert. Die Widerstände dagegen sind in Heidenrod bislang vergleichsweise gering, es wird sogar über weitere Anlagen entlang der Bäderstraße B 260 nachgedacht.

Anders in Schlagenbad. Bei Bärstädt wird ein großer Windpark im Wald geplant. Die fünf Drei-Megawatt-Anlagen

BK

PRESSEREFERAT / AUSSCHNITT-DIENST

FAZ

Sonstige: \_\_\_\_\_

Datum 29.5. 2010

Betrifft: Energie

FB / FD \_\_\_\_\_

würden jährlich mehr als 35 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugen und ebenfalls einen großen Teil des rechnerischen Bedarfs der Gemeinde decken. Schlangenbad könnte zudem als Grundstückseigentümerin mit hohen Pachteinnahmen rechnen. Ähnliches gilt für Bad Schwalbach, wo der Bauausschuss schon für eine neue Vorrangfläche neben der Bäderstraße votiert hat, die an die Bärstädter Vorrangfläche angrenzen soll. Entstehen könnte damit ein erster „interkommunaler Windpark“ mit bis zu neun Windkraftanlagen, davon vier auf Schlangenbader Gebiet. Die Bäderstraße könnte so zur Windräderstraße werden.

Viele Bürger laufen Sturm gegen die „Windkraftmonster“, wie die insgesamt 185 Meter hohen Windräder neuesten Typs meist kritisiert werden. „Wenn wir uns jetzt nicht wehren, werden wir von Windrädern umzingelt“, heißt es in einem Bürgerbrief der Initiative „Naturpark statt Windpark“. Die Argumente der Gegner sind aber fast überall im Land die gleichen: Die Landschaft werde verschandelt, die Bürger würden durch Lärm, Schatten und Lichteffekte belästigt und gefährdet, und ihre Immobilien verlören an Wert. Zudem seien die deutschen Mittelgebirge per se für eine effiziente Energiegewinnung ungeeignet. Im Meer und an der Küste gerne, aber nicht vor der eigenen Haustür, ist die Leitlinie vieler Initiativen im Untertaus.

Selbst die Grünen, sonst Streiter für die erneuerbaren Energien, sind in den Tausgemeinden zurückhaltend. In Schlangenbad etwa fürchten die Grünen eine politische und gesellschaftliche Polarisierung in den Dörfern und wollen deshalb lieber Verzicht üben. Die „zwischenmenschlichen Beziehungen“ und das bürgerliche Engagement in den Ortsteilen hätten Vorrang vor einem Ausbau der erneuerbaren Energien gegen den Willen von Mitbürgern, ordnen sich die Grünen dem Widerstand unter. Von den Hünstetter Grünen heißt es, man wolle zwar auch den Einsatz regenerativer Energien, aber nicht um jeden Preis. Die Einnahmen der Gemeinde sind für die Bürger ein nachrangiges Argument. Der Betreiber einer Internet-Protestseite gegen den Windpark bei Bärstadt schreibt: „Die Einbußen an Lebensqualität werden wir spüren – eine Entlastung der Gemeindefinanzen dagegen nicht.“